

Antrag F03: Reclaim the city – die Stadt gehört uns allen: Stadtplanung feministisch gestalten.

Laufende Nummer: 38

Antragsteller*in:	Juso-Hochschulgruppen Bayern
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Feminismus und Gleichstellung

- 1 **Reclaim the city – die Stadt gehört uns allen: Stadtplanung feministisch gestalten.**
- 2 Morgens drängt sich eine Mutter mit Kinderwagen an parkenden Autos vorbei, weil der
- 3 Gehweg zu schmal ist. An der Haltestelle wartet sie lange auf den Bus, der überfüllt
- 4 kommt, im Inneren bleibt kaum Platz für sie, geschweige denn für die ältere Frau mit
- 5 Rollator, die sich mühsam hineinkämpft. Zwischen Schule, Arbeit und Einkauf bleibt
- 6 kein Raum, kein Atemzug, kein Moment, der nicht von fehlender Infrastruktur abhängt.
- 7 Am Abend, viele Stunden später, macht sich eine junge Frau auf den Heimweg. Sie trägt
- 8 Kopfhörer, doch keine Musik läuft. In der Hand hält sie ihren Schlüssel, fest
- 9 umklammert, während sie durch eine schlecht beleuchtete Seitenstraße geht – der
- 10 letzte Bus fuhr schon vor einer Stunde. Ihre Route ist kein Zufall, sondern das
- 11 Resultat von Planung: einer Stadt, die ihre Sicherheit nicht mitgedacht hat. Diese
- 12 Szenen sind keine Einzelfälle, sondern Ausdruck einer Struktur. Unsere Städte sind
- 13 Produkte bestimmter Perspektiven und diese Perspektiven schließen viele aus.
- 14 Denn Städte sind nicht gerecht. Sie sind immer Ausdruck gesellschaftlicher Macht- und
- 15 Herrschaftsverhältnisse, die sich in Straßen, Plätzen, Häusern und Infrastrukturen
- 16 einschreiben. Bis heute sind unsere Städte nach dem Maßstab des „Normalbürgers“
- 17 geplant: weiß, männlich, heterosexuell, erwerbstätig, ohne gesundheitliche und
- 18 körperliche Einschränkungen. Für alle, die nicht in dieses Schema passen, wie Frauen,
- 19 queere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Kinder, ältere Menschen, Migrant*innen
- 20 oder Menschen mit Sorgearbeitspflichten, sind Städte häufig Orte von Ausschluss,
- 21 Unsichtbarkeit oder Gefährdung. Genau hier setzt feministische Stadtplanung an. Sie
- 22 fragt: Für wen wurden diese Räume gemacht und für wen nicht? Wer wird sichtbar, wer
- 23 bleibt unsichtbar? Wer wird geschützt, und wer bleibt verletzlich? Wer wird in die
- 24 Handlungsmacht gesetzt, und wem wird sie genommen? Eine feministische Perspektive
- 25 zeigt, dass es nicht die eine feministische Stadt gibt, sondern viele mögliche:
- 26 Städte der kurzen Wege, der sicheren Plätze, der kollektiven Fürsorge, der
- 27 bezahlbaren Wohnungen. All diese Fluchtpunkte ergeben zusammengekommen eine Politik,
- 28 die unsere Städte gerechter, vielfältiger und lebenswerter macht.
- 29 **Das Problem: Stadtplanung für wenige**
- 30 Die klassische Stadtplanung ist Männerzentriert. Sie wurde über Jahrzehnte von
- 31 Männern für Männer gedacht: für Erwerbsarbeit, Auto, Vollzeittätigkeit. Wer dagegen
- 32 Kinder betreut, pflegt, eingeschränkt mobil ist oder auf kollektive Strukturen
- 33 angewiesen ist, bleibt im System unsichtbar. Öffentliche Räume sind oft unsicher,
- 34 Mobilität ungleich verteilt, Wohnraum knapp und teuer. Sorgearbeit wird nicht
- 35 mitgedacht. Viele Gruppen werden systematisch übersehen. Alleinerziehende kämpfen mit
- 36 fehlender Nahversorgung und langen Wegen. Ältere Menschen stoßen an Barrieren, wenn
- 37 es an Sitzgelegenheiten, Rampen oder Aufzügen mangelt. Menschen mit Behinderungen
- 38 erleben jeden Tag, wie ein Bordstein ohne Absenkung oder eine defekte Rolltreppe ihre

Selbstständigkeit einschränkt. Kinder und Jugendliche werden in einer auf Konsumräume ausgerichteten Stadt verdrängt. Queere Menschen und Frauen erleben Unsicherheit und Gewalt in schlecht beleuchteten oder unübersichtlichen Bereichen. Migrantische Communities verlieren durch Gentrifizierung und Touristifizierung ihre Nachbarschaften und damit wichtige Orte der Solidarität.

Geschichtlicher Hintergrund: Vom fordistischen Traum zur neoliberalen Stadt

Ein Blick zurück zeigt, wie Stadtentwicklung Ungleichheit produziert. In den Nachkriegsjahrzehnten entstand das fordistische Leitbild der funktional getrennten Stadt: Wohnen hier, Arbeiten dort, Freizeit woanders. Großwohnsiedlungen am Stadtrand sollten Komfort und Fortschritt bringen, hinterließen aber oft Isolation, Betonwüsten und fehlende soziale Infrastruktur. Sorgearbeit, überwiegend von Frauen getragen, war in dieser Planung unsichtbar. Mit dem neoliberalen Umbau der Städte seit den 1980er Jahren wurde der Lebensraum endgültig zur Ware. Wohnungen wurden privatisiert, Boden und Bauflächen zu Spekulationsobjekten, Touristifizierung und Verwertungslogik trieben Mieten in die Höhe. Innenstädte wurden für Investor*innen attraktiv, nicht für ihre Bewohner*innen. Für Menschen mit wenig Einkommen, überdurchschnittlich oft Frauen, migrantische Familien, Studierende oder ältere Menschen, bedeutet das Verdrängung. Öffentliche Räume werden kommerzialisiert, sichere Rückzugsorte schwinden, soziale Ungleichheiten verschärfen sich. Feministische Stadtplanung macht sichtbar, dass diese Entwicklungen nicht geschlechtsneutral sind. Sie vertiefen bestehende Ungerechtigkeiten und verlangen nach einer radikalen Umkehr.

Die Alternative? Feministische Stadtplanung!

Feministische Stadtplanung ist ein Ansatz, der Städte aus der Perspektive von Gerechtigkeit, Fürsorge und Teilhabe neu denkt. Sie fragt nicht nur, wie gebaut wird, sondern für wen. Ihr Ziel ist es, Lebensräume zu schaffen, in denen sich alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Einkommen, Herkunft, Mobilität oder Sorgeverantwortung, sicher und selbstbestimmt bewegen können. Im Gegensatz zur klassischen Stadtplanung, die lange auf Effizienz, Erwerbsarbeit und Autoverkehr ausgerichtet war, stellt feministische Stadtplanung die Bedürfnisse des Alltags in den Mittelpunkt: Pflege, Kinderbetreuung, Nachbarschaft, Freizeit und soziale Sicherheit. Sie macht sichtbar, dass Gerechtigkeit im öffentlichen Raum kein Nebenaspekt ist, sondern Voraussetzung für ein gutes Leben in der Stadt. Die feministische Stadt ist kein Idealbild, sondern gelebte Alltagspraxis. Sie fordert inklusive Beteiligungsprozesse, in denen Frauen, queere Menschen, Menschen mit Behinderungen, Migrant*innen und andere marginalisierte Gruppen aktiv mitgestalten. Eine feministische Stadtplanung strebt sozial-ökologische und care-orientierte Quartiere an, stärkt Nachbarschaften und sorgt für eine geschlechtergerechte Verteilung kommunaler Ressourcen.

Keine*r kämpft für sich allein: Mehrfachdiskriminierung sichtbar machen

Eine feministische Perspektive bleibt unvollständig, wenn sie nicht intersektional ist. Diskriminierungen wirken nicht einzeln, sondern überschneiden und verstärken sich: Geschlecht, Klasse, Herkunft, Behinderung, Religion oder sexuelle Orientierung wirken zusammen. Die migrantische alleinerziehende Mutter etwa kämpft gleichzeitig mit geringen Einkommen, langen Wegen, rassistischer Diskriminierung und steigenden Mieten. Die queere Person, die nachts auf den Bus wartet, erlebt nicht nur Unsicherheit durch lange Taktzeiten und fehlende Beleuchtung, sondern auch die reale

Bedrohung durch queerfeindliche Gewalt. Die ältere Frau mit eingeschränkter Mobilität findet keine Aufzüge, keine Rampen, keine Sitzgelegenheiten und verliert dadurch Stück für Stück ihre Unabhängigkeit, all diese Beispiele zeigen, wie Stadt Räume der Ungleichheit produziert. Das Mitbedenken unterschiedlicher Diskriminierungsformen bei verschiedenen Themen (z.B. Kämpfe um bezahlbaren Wohnraum, sichere Mobilität oder ökologische Transformation) kann dabei als Gegenentwurf Räume der Solidarität schaffen.

Über Grenzen hinaus – feministische Städte global denken

Weltweit kämpfen feministische Bewegungen für gerechte Städte. In Istanbul oder Rio de Janeiro entstehen trotz massiver Prekarität Formen der Selbstorganisation in informellen Siedlungen. In Barcelona, Paris oder Wien treiben feministische Bürgermeisterinnen Projekte für die Stadt der kurzen Wege, sichere Straßen und Care-freundliche Quartiere voran. Feministische Stadtplanung ist damit keine Utopie, sondern eine demokratische Praxis, eine Stadt für alle, nicht für wenige.

Stadtplanung als gesellschaftliche und politische Aufgabe

Stadtplanung darf nicht länger als technokratische Disziplin verstanden werden, die sich allein mit Baurecht und Infrastruktur beschäftigt. Wer Städte plant, gestaltet den Alltag von Millionen. Jede Entscheidung über Straßen, Verkehr, Grünflächen oder Bebauungspläne ist zugleich eine Entscheidung über Macht, Teilhabe und Gerechtigkeit. Es ist die Aufgabe der Politik, feministische Perspektiven nicht nur zuzulassen, sondern zur Grundlage städtischer Entwicklung zu machen. Dazu gehören Investitionen in sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau, die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs, der Ausbau barrierefreier Infrastrukturen, aber auch die Schaffung von Räumen, die Sicherheit, Sichtbarkeit und Solidarität ermöglichen. Ebenso ist es Aufgabe der Gesellschaft, Sorgearbeit anzuerkennen und jene zu unterstützen, die sie leisten. Hochschulen und Ausbildungsstätten müssen feministische Theorien und Praktiken in Architektur, Sozialwissenschaften und Planung verankern. Nur so kann die nächste Generation patriarchale Traditionen durchbrechen.

Als Juso-Hochschulgruppen fordern wir daher:

- feministische Perspektiven verbindlich in Stadtplanung, Architektur und Sozialwissenschaften zu verankern und in die Aufgaben der Baudezernate der Hochschulen aufzunehmen,
- Sozialwissenschaften zu verankern,
- den Stopp von defensiver Architektur, die nur dafür da ist, um "unerwünschte" marginalisierte Gruppen noch weiter zu verdrängen,
- Forschungs- und Bildungsprojekte zur feministischen Stadtplanung aktiv zu fördern,
- Die Unterstützung kommunaler Projekte für feministische Stadtentwicklung,
- Verbindliche Gender- und Diversity-Analysen bei städtebaulichen Maßnahmen einzuführen,
- Partizipative und inklusive Planungsprozesse verbindlich zu machen,
- Bezahlbaren, barrierefreien und sicheren Wohnraum für alle zu sichern,
- Eine sozial-ökologische Transformation

